



# INFORMATIONEN aus der Forschung des BBR

## Zur Lage

Eine vom BMVBW durchgeführte Organisationsuntersuchung des BBR hat noch einmal den wissenschaftlichen Bereich, bestehend aus den beiden Abteilungen I „Raumordnung und Städtebau“ und II „Bauen, Wohnen, Architektur“ neben dem Baubereich als eine von zwei Säulen des BBR bestätigt. Er versteht sich als Kompetenzzentrum an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Praxis. Wichtige Arbeitsschwerpunkte 2003 sind:

Eine Daueraufgabe ist der Betrieb und der weitere Ausbau eines räumlichen Informationssystems. Es ist vor allem Grundlage für die Erfüllung der laufenden Berichtspflichten des BBR. So sollen 2003 u. a. die Arbeiten am neuen Raumordnungsbericht 2004 aufgenommen werden. Erstmals ist ein Städtebauförderungsbericht geplant. Zudem wird es neue Ausgaben von INKAR und INKAR PRO geben, d.h. aktuelle Ergebnisse aus der Laufenden Raumentwicklung und der Raumordnungsprognose 2020 auf CD ROM.

Wichtige, in Form von fachlicher Expertise bearbeitete Themen im Bereich Raumordnung sind: Innovative Ansätze der Regionalentwicklung, Bevölkerungsveränderungen und regionale Infrastrukturversorgung, Fortentwicklung der Leitbilder für die Raumentwicklung, Nachhaltige Siedlungsflächen- und Freiraumpolitik, Transnationale Zusammenarbeit in der Raumordnung (Interreg III B). Im Politikfeld Städtebau sind es die Themen Stadtumbau in Ost und West, Weiterentwicklung der Städtebauförderung, Reform der europäischen Strukturfonds für den Bereich Städtebau.

Im Bereich Wohnen werden Arbeiten u. a. zur Entwicklung der Zwangsversteigerung

gen, zur Eigentumsbildung im sozialen Wohnungsbau, zu den wohnungspolitischen Konsequenzen der demographischen Entwicklung sowie eine Wirkungsanalyse des § 17 Eigenheimzulagengesetz abgeschlossen. Ferner wird im ExWoSt-Forschungsfeld „kostengünstig qualitätsbewusst Bauen“ die 1. Projektphase beendet. Zudem stehen die Erstellung eines ersten BBR-Wohnungsmarktberichts, der sich der regionalen Entwicklung der Wohnungsmärkte widmet und den Einstieg in ein weiter aufzubauendes regionalisiertes BBR-Wohnungsmarktbeobachtungssystem darstellt, sowie die Fortentwicklung der BBR-Wohnungsprognose an.

Im Bereich Bauwesen stellt die „bundesweite Energiekennzeichnung von Gebäuden“ im Rahmen der neuen Energieeinsparverordnung (EnEV) ein wichtiges Projekt dar. Ferner sind die Weiterentwicklung der Regeln zum „nachhaltigen Bauen“ und die Akteurskooperation zur Verbesserung der „Bauqualität“ zentrale Aktivitäten des BBR.

Im Bereich Architektur/Baukultur wird als gewichtiges Vorhaben vom BBR momentan der „Forschungsschwerpunkt Baukultur“ im BMBF-Programm „Bauen und Wohnen“ gestaltet. In diesem Jahr soll der Forschungsschwerpunkt gemeinsam von BMBF und BMVBW ausgeschrieben werden. Das BBR wird ihn mitbetreuen.

Der Transfer von Ergebnissen geschieht auch 2003 durch Mitarbeit in einschlägigen Gremien, die Durchführung von Veranstaltungen sowie die Herausgabe von Publikationen (Zeitschriften, Schriftenreihen und CD-ROM) sowie via Internet. Weitere Informationen unter [www.bbr.bund.de](http://www.bbr.bund.de).

### Inhalt:

- Zur Lage
- Bevölkerungsrückgang und Infrastrukturversorgung
- Europäische Verflechtungen deutscher Metropolräume
- Technologisch-ökonomischer Strukturwandel
- Internationale Wanderungen und räumliche Integration
- Raumentwicklung in Stadtregionen
- Potenziale der Wohneigentumsbildung für die soziale Stabilität von Stadtvierteln
- Erneuerung älterer Wohnungsbestände in Stufen

## Bevölkerungsrückgang und Infrastrukturversorgung – Erfahrungen aus dem In- und Ausland

**Im Rahmen des Modellvorhabens der Raumordnung „Anpassungsstrategien für ländliche/periphere Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang in den neuen Ländern“ fand im Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen am 2. Dezember 2002 in Berlin ein erster Erfahrungsworkshop statt. 110 Teilnehmer aus dem In- und Ausland verfolgten Vorträge aus Schweden, Finnland, Österreich und Deutschland zu Lösungsvorschlägen in den sektoralen Handlungsfeldern „ÖPNV“, „Bildung“, „medizinische Versorgung“ und zu Ansätzen für Gesamtstrategien.**

Kommunen und Regionen stehen zunehmend vor der Frage, welche innovativen Strategien und Konzepte in der räumlichen Planung eingesetzt werden können, um für immer weniger und immer ältere Menschen künftig eine angemessene Infrastrukturversorgung zu gewährleisten. In dem Modellvorhaben der Raumordnung, mit dessen Durchführung das IfS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH beauftragt ist, werden darauf Antworten gesucht. Seit Sommer 2002 erarbeiten die Modellregionen Mecklenburgische Seenplatte, Lausitz-Spreewald und Ostthüringen erste Lösungsansätze. Auf der Veranstaltung stellten im Wechsel ausländische und deutsche Referenten ihre Erfahrungen und Vorschläge vor:

### *Öffentlicher Personennahverkehr*

Das österreichische Projekt „Dorfmobil“ wurde in einer Gemeinde mit 11 Ew/km<sup>2</sup> auf der Basis von Bürgerbefragungen und -diskussionen im Rahmen des EU-Projekts ARTS entwickelt. Es ergänzt den Linienverkehr. Betreiber ist ein Verein, die Finanzierung wird aus EU- und Landesmitteln und Sponsoring sichergestellt.

In der Modellregion Lausitz-Spreewald ist ein Anruf-Bus geplant mit flexiblen Bedienzeiten und variabler Streckenführung. Eine Zentrale nimmt Fahrtwünsche entgegen und koordiniert sie. Durch die Vernetzung mit Linienbussen und Bahn soll eine höhere Auslastung des ÖPNV erreicht werden. Das Projekt ist beim Linienbusbetreiber angesiedelt. Die Finanzierung soll durch anderweitige Einsparungen kostenneutral sein.

### *Bildung*

In Schweden sind die Kommunen Träger der neunjährigen Grundschule und der weiter-

führenden Schulen. Sie sind bei Unterrichtung der Schüler in einer anderen Kommune zu Ausgleichszahlungen verpflichtet. So plant jede Gemeinde – abwägend zwischen dezentralen Standorten einerseits und konzentrierten Angeboten mit verschiedenen fachlichen Ausbildungsgängen andererseits – in Aushandlungsprozessen mit Eltern das nachfrageorientierte Angebot. Schriftliche Vereinbarungen mit Nachbargemeinden sichern Auslastung und einen diversifizierten Fächerkanon.

In der Modellregion Mecklenburgische Seenplatte wird versucht, angesichts drastisch sinkender Berufsschülerzahlen die Zahl der Berufsschulen zu reduzieren und ihnen durch Spezialisierung auf Berufsgruppen ein eigenes Profil zu verleihen. Die räumlichen und institutionellen Zuständigkeiten konnten von der Regionalplanung gebündelt und die Konsensbildung im Moderationsverfahren befördert werden. Durch das Know-how der Regionalplanung zur Durchführung von Beteiligungsverfahren und der Abwägung von Interessen wurden – besser als von der Schulfachplanung erwartet – die Berufsfachverbände eingebunden.

### *Medizinische Versorgung*

Im sehr dünn besiedelten Norden Finnlands wird die medizinische Grundversorgung durch Gesundheitszentren sichergestellt. Weiterführende Leistungen werden von weiter entfernt liegenden Krankenhäusern erbracht. Mit dem 1997 begonnenen Tellappi-Projekt wurden über neue Kommunikationstechniken bzw. Telemedizin regionale Disparitäten abgebaut. Video-Konferenz-Sprechstunden und die Diagnose über digitale Bilder und Befunde verbesserten die Versorgung der Bevölkerung und erzielten Einsparungen bei Fahrtkosten und Zeitaufwand.

In der Modellregion Ostthüringen zeichnet sich, wie vielerorts, ein Mangel an Hausärzten ab: 50 % scheiden in den nächsten zehn Jahren altersbedingt aus, Nachfolger sind rar. Durch eine stärkere Koordinierung von Allgemein- und Fachmedizinerinnen sowie Krankenhäusern sollen die knappen Ressourcen effizienter eingesetzt werden. Bedeutende rechtliche und organisatorische Rahmenbedingungen, insbesondere die finanzierungstechnische Trennung von ambulanter und stationärer Behandlung, das starre Niederlassungsrecht sowie die eingeschränkte Flexibilität

Weitere Informationen zum Modellvorhaben und ein ausführliches Protokoll des Erfahrungswshops finden Sie unter [www.regionale-anpassung.de](http://www.regionale-anpassung.de)

### **Ansprechpartner:**

Martina Kocks  
Dr. Hansjörg Bucher  
Referat I 4 „Regionale  
Strukturpolitik und  
Städtebauförderung“  
Tel.: 018 88 – 401 23 21  
Tel.: 018 88 – 401 23 20  
Fax: 018 88 – 401 23 46  
E-Mail:  
Martina.Kocks  
@bbr.bund.de  
Hansjoerg.Bucher  
@bbr.bund.de

bei Krankenkassen und Kassenärztlichen Vereinigungen behindern diesen Prozess.

*Gesamtstrategien*

Charakteristisch für die schwedische Neuorientierung in der regionalen Entwicklungspolitik ist die Abkehr vom Wohlfahrtsstaat mit kompletter staatlicher Versorgung hin zur Regionalisierung der Problemlösungen und zur Kompetenzerweiterung der kommunalen Ebene. So soll den spezifischen regionalen Bedürfnissen besser Rechnung getragen werden. Unterstützend wirken einige staatliche Rahmenbedingungen wie das kommunale Steuerausgleichssystem, das auch Strukturmerkmale wie Bevölkerungsdichte und Altersstruktur berücksichtigt. Eine nationale Entwicklungsgesellschaft berät die Regionen und evaluiert auch solche Maßnahmen, die zunehmend in kommunaler Verantwortung umgesetzt werden.

In Deutschland wird auf das Zentrale-Orte-Konzept als ein Baustein für Anpassungsstrategien zurückgegriffen. Am Beispiel Niedersachsens wurde es als ein geeignetes Mittel dargestellt, um ordnungs-, ausgleichs- und entwicklungspolitische Ziele miteinander zu verknüpfen. Es ist ein traditionelles und flächendeckend etabliertes politisches Instrument. In Niedersachsen wurde die Zentralörtlichkeit zur Erreichung der Bündelungswirkung von vier auf nur noch drei Ebenen („Ober-, Mittel- und Grundzentren“) beschränkt.

**Fazit**

Allen Lösungsvorschlägen ist zueigen, dass mit ihnen nicht ein passives, einfaches Zurücknehmen von Angeboten verbunden ist, sondern eine aktive, überregionale, qualitativ hochwertige Neustrukturierung angestrebt wird. Dies setzt voraus, dass

- räumlich und institutionell unterschiedliche Zuständigkeiten überwunden werden;
- die Zusammenarbeit zwischen Fach- und Regionalplanern ausgeweitet wird;
- Veränderungen von Ausstattungsmerkmalen wie Mindeststandards und Mindestauslastungszahlen kein Tabu sein dürfen.

Die internationalen Beispiele haben geholfen, die Probleme zu relativieren: Ein gutes Infrastrukturangebot ist auch mit sehr wenig Bevölkerung möglich.

„Das Patentrezept“ gibt es allerdings nicht; einige ausländische Ansätze sind gleichwohl diskussionswürdig. Umfassende Konzepte sollten aber immer die jeweilige Gebietskulisse der Gemeinde/Region mit ihren spezifischen Bedürfnissen und Trends einschließen.

**INKAR PRO – Ein Instrument zur Planung des zukünftigen Infrastrukturbedarfs**

Die nunmehr auf CD-ROM vorliegende Raumordnungsprognose *Bevölkerung „INKAR PRO“* ist ein wesentliches Werkzeug für eine „passgenaue“ Infrastrukturplanung; sie bietet regionalisierte und altersspezifische Bevölkerungsvorausschätzungen, teilweise heruntergebrochen bis auf Kreisebene. Danach wird die Bevölkerung Deutschlands 2020 rd. 81,5 Mio. Einwohner betragen und damit gegenüber 1999 nur um 0,8 % zurückgehen. Die hohen Sterbeüberschüsse können durch internationale Wanderungen nahezu ausgeglichen werden. Demgegenüber wird in den neuen Ländern die Bevölkerung auf ca. 16,9 Mio. Einwohner (- 3,6 %) zurückgehen; internationale Wanderungen werden die Abwanderungen in die alten Länder ausgleichen können, die Sterbeüberschüsse jedoch nur zum Teil.

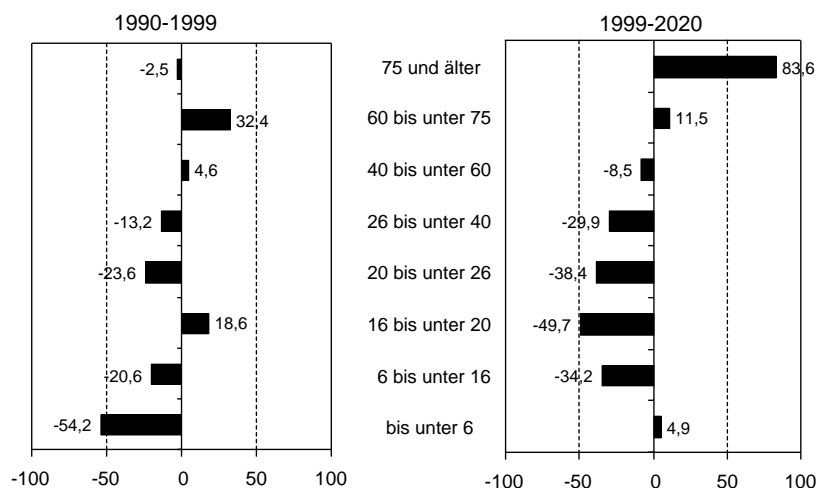
Gravierender stellt sich die Situation in den Modellregionen dar. Sie werden aufgrund eines hohen Sterbeüberschusses und hoher Abwanderungen in die alten Länder bei fehlenden internationalen Wanderungsgewinnen überproportional an Bevölkerung (- 16,3 %) verlieren.

Für die Infrastrukturplanung sind insbesondere altersstrukturelle Veränderungen bedeutsam. Beispielsweise wird in den ländlichen Räumen der neuen Länder die Zahl der unter 40jährigen um ca. ein Drittel abnehmen, dagegen die Zahl der Hochbetagten um rd. 80 % zunehmen.



CD-ROM „INKAR PRO“  
Schutzgebühr:  
100,00 Euro, für Studenten/Schüler 50,00 Euro nach Vorlage des Ausweises  
(jeweils zzgl. Versand)  
zu beziehen über den Selbstverlag des BBR  
Postfach 21 01 50  
53156 Bonn  
Tel.: 018 88 – 401 22 09  
Fax: 018 88 – 401 22 92  
E-Mail:  
selbstverlag@bbr.bund.de

Altersstrukturelle Veränderungen in den ländlichen Räumen der neuen Länder  
Veränderung des Bevölkerungsbestandes einer jeweiligen Altersgruppe  
in % der entsprechenden Ausgangsbevölkerung



Quelle: BBR-Bevölkerungsprognose 1999-2020 / Kreise



Die Veröffentlichung kann beim Selbstverlag des BBR Postfach 21 01 50 53156 Bonn Tel.: 018 88 – 401 22 09 Fax: 018 88 – 401 22 92 E-Mail: selbstverlag@bbr.bund.de zum Preis von 12,00 Euro (zzgl. Versand) bezogen werden.

#### Ansprechpartner:

Prof. Dr. Gerhard Stiens  
Referat I 1 „Raumentwicklung“  
Tel.: 018 88 – 401 23 22  
Fax: 018 88 – 401 23 56  
E-Mail:  
Gerhard.Stiens  
@bbr.bund.de

## Europäische Verflechtungen deutscher Metropolräume und die Auswirkungen auf die Raumstruktur des Bundesgebietes

### Forschungen, Heft 109

Die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung deutscher Städte und Regionen wird immer mehr von trans- bzw. internationalen „Netzwerk-Ökonomien“ bestimmt. Lokale und regionale Produktions- und Dienstleistungsunternehmen werden in diese Netzwerke eingebunden sein müssen, wenn sie wettbewerbsfähig bleiben wollen. Die nationale wie regionale Grenzen überschreitenden Netzwerke werden mit der zunehmenden Internationalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft immer umfassender und komplexer. Hiervon sind sowohl die Raum- und Siedlungsstruktur betroffen als auch die Handlungsmöglichkeiten der regionalen öffentlichen wie privaten Akteure. Welche raumstrukturellen Wirkungen im Einzelnen von den Internationalisierungsprozessen ausgehen und welche möglichen Folgerungen unter raumordnungspolitischen Aspekten hieraus zu ziehen sind, war Gegenstand einer im Auftrag vom BMVBW und BBR vom Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) bearbeiteten Studie.

(1) Im ersten Teil der Studie werden die Logiken internationaler und nationaler ökonomischer und politischer Verflechtungen zwischen Metropolräumen unter theoretischen Aspekten erörtert, etwa die Verflechtungslogiken unterschiedlicher Typen von Metropolregionen oder mögliche Konsequenzen für die Entwicklung der Handlungsfähigkeit von Regionen bestimmten Typs.

(2) Die transnationalen wirtschaftlichen Beziehungen deutscher Metropolregionen haben sich in den letzten Jahren deutlich verstärkt. Für drei ausgewählte Metropolräume Rhein-Ruhr, Rhein-Main und München/Oberbayern werden deshalb die komplexen Muster der Verflechtungen in den internationalen Raum nachgezeichnet. Außerdem wird diskutiert, ob sich diese Metropolregionen durch die neuen transnationalen Beziehungen aus dem nationalen Produktions- und Dienstleistungssystem lösen.

(3) Darüber hinaus werden die spezifischen Ausprägungen regionaler Governance-Formen der drei Metropolräume untersucht bzw. deren jeweilige regionale Handlungsfähigkeit im europäischen Wettbewerb.

Metropolregionen sind dadurch gekennzeichnet, dass sie funktionale wirtschaftliche Verflechtungen über die politisch-administrativen Grenzen hinaus aufweisen. Die betrachteten drei deutschen Metropolregionen verfügen über keine politischen Handlungsvollmachten in dem Sinne, dass sie politische Legitimation und die formelle Macht einer regionalen Regierung besitzen. Ihre Handlungsfähigkeit konstituiert sich vielmehr in der Hauptsache durch das Zusammenspiel zahlreicher Akteure in Form pragmatischer Koordination und strategischer Partnerschaften als Ergänzung zu staatlichen Steuerungsformen. Die drei Metropolregionen weisen große Unterschiede in ihrer „regionalen Governance“ auf, haben spezifische Handlungsstrategien zur Bewältigung der Herausforderungen im europäischen Wettbewerb entwickelt.

(4) Die Verflechtungen der größten der großen Metropolräume in der Bundesrepublik Deutschland mit benachbarten europäischen Teilräumen werden sich weiter intensivieren.

Wie im letzten Teil dargelegt wird, haben die transnationalen Verflechtungen deutscher Metropolräume spezifische Auswirkungen auf die nationale Raumstruktur und Raumpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Die Vernetzung der Metropolräume folgt unterschiedlichen räumlichen Logiken: Transnationale Güterströme werden über Hafengateways abgewickelt sowie in zentralen Umschlagknoten, die in Regionen zwischen den Metropolräumen gelegen sind.

Die großen Metropolräume bilden als internationale „Gateways“ zwar die wirtschaftlichen Motoren im nationalen Produktions- und Dienstleistungssystem. Dennoch zeigen auch sie z. T. Defizite bezüglich der regionalen Handlungsfähigkeit im europäischen Wettbewerb. Eine Strategie, die darauf hinausläuft, dass Metropolregionen versuchen, sich im Wettbewerb gegeneinander die gleichen metropolitanen Funktionen anzueignen, erscheint wenig erfolgversprechend. Eine konkurrierende Entwicklung könnte letztlich negative Folgen haben. Statt dessen sollten Kooperationen und regionsspezifische Funktionsbündelungen unterstützt werden.



## Technologisch-ökonomischer Strukturwandel – Räumliche Auswirkungen und regionale Anpassungsstrategien

### Werkstatt: Praxis, Heft 1.2003

Der technologisch-ökonomische Strukturwandel, der durch die Entwicklungen in der Informations- und Kommunikationstechnologie forciert wird, erscheint immer komplexer. Die erfolgreiche Bewältigung dieses Strukturwandels in regionalen Zusammenhängen ist auf längere Sicht vom Aufbau und von der Stärkung zukunftsorientierter, diesem Wandel gewachsener, Branchen abhängig. Daher müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die die Regionen als interessante Standorte für Unternehmen aus dem Bereich der IuK-Technologien profilieren.

Der vorliegende Band, erarbeitet von einem Konsortium von Forschungsinstituten im Auftrag des BMVBW, setzt bei der Betrachtung des technisch-ökonomischen Strukturwandels auf zwei Ebenen an:

(1) Im ersten Schritt geht es um den Strukturwandel, der mit der Entwicklung von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft einhergeht, und seine Begleiterscheinungen selbst; hierbei stehen der IuK-Sektor, die Auswirkungen von IuK-Technologien auf die Beschäftigung, die Kosten und die Unternehmensstrukturen sowie die Auswirkungen auf die räumliche Verteilung von Unternehmen im Mittelpunkt.

(2) Im zweiten Schritt wird versucht, die Handlungsmöglichkeiten von Regionen in ihrer Anpassung an den technologisch-ökonomischen Strukturwandel genauer zu durchleuchten. Hierzu werden vier deutsche und zwei skandinavische Fallstudien präsentiert:

- zwei Beispiele städtisch geprägten Typs von Regionen, die einen langfristigen Strukturwandel erfolgreich begleiteten (Stuttgart und Aachen);
- zwei Beispiele des städtischen Typs von Regionen mit Strukturbruch (Leipzig und Oulu (Finnland));
- zwei Beispiele des Typs ländlicher strukturschwacher Regionen (Brandenburg und Blekinge (Schweden)).

Untersucht wurden Konzepte und Maßnahmen, mit denen die Regionen versuchen, den technisch-ökonomischen Strukturwandel zu fördern und mit zu gestalten. Besonderes Augenmerk wurde auf die Wirksamkeit und Übertragbarkeit der Handlungsstrategien und Kooperationsformen auf andere Regionen gelegt.

Abgeschlossen wird die Studie mit einer Zusammenstellung von „good practices“ für eine proaktive Gestaltung regionaler Anpassungsprozesse an den technologisch-ökonomischen Strukturwandel. Hierbei werden drei zentrale Handlungsfelder hervorgehoben:

- Regionen müssen auf den Weg zur *Institutionalisierung* gebracht werden, ohne eine Handlungen blockierende „Überinstitutionalisierung“ zu fördern. Hierzu gehört die *Initiierung und Förderung von Netzwerken* aus Akteuren, die den IuK-Sektor aktiv mitgestalten. Dies ist die hauptsächliche Ressource für den Ausbau erfolgreicher regionaler Entwicklungskonzeptionen.
- Neben dem Netzwerk selbst ist die besondere Bedeutung *politischer Promotoren* zu betonen. Sie stellen einen der wesentlichsten „Engpassfaktoren“ dar. Eine ausreichende Anzahl solcher Promotoren in der Region ist zu sichern.
- Der technologisch-ökonomische Strukturwandel braucht *sichtbare Leitprojekte als Anschauungsobjekte* für einen erfolgreichen Wandel in allen wirtschaftlichen Bereichen. Sie können als Kristallisationspunkte regionaler Innovationskraft dienen und zur Stärkung des regionalen Bewusstseins beitragen.

Geboten wird aber auch eine Reihe von Hinweisen auf restriktive Rahmenbedingungen regionalen technologisch-ökonomischen Strukturwandels: So sind die jeweiligen regionalen Ausgangsbedingungen für den technologisch-ökonomischen Strukturwandel im Vergleich der Regionen sehr heterogen, worin ein erhebliches Übertragbarkeitsproblem besteht. Zudem ist die Zahl von Faktoren, die sich überhaupt politisch und planerisch beeinflussen lassen, eher gering. Außerdem werden Regionen in der Regel nur dann regionalpolitisch aktiv, wenn sehr großer Handlungsdruck dazu zwingt. Schließlich muss beachtet werden, dass es von der Initiierung von Modernisierungsprozessen bis hin zur erfolgreichen Marktfähigkeit technologisch-ökonomischer Entwicklungsfelder mindestens eine Dekade dauert.



Die Veröffentlichung kann beim Selbstverlag des BBR Postfach 21 01 50 53156 Bonn Tel.: 018 88 – 401 22 09 Fax: 018 88 – 401 22 92 E-Mail: selbstverlag@bbr.bund.de zum Preis von 5,00 Euro (zzgl. Versand) bezogen werden.

#### Ansprechpartner:

Prof. Dr. Gerhard Stiens  
Referat I 1 „Raumentwicklung“  
Tel.: 018 88 – 401 23 22  
Fax: 018 88 – 401 23 56  
E-Mail: Gerhard.Stiens@bbr.bund.de



Die Veröffentlichung kann beim Selbstverlag des BBR Postfach 21 01 50 53156 Bonn Tel.: 018 88 – 401 22 09 Fax: 018 88 – 401 22 92 E-Mail: selbstverlag@bbr.bund.de zum Preis von 5,00 Euro (zzgl. Versand) bezogen werden.

## Internationale Wanderungen und räumliche Integration

### Informationen zur Raumentwicklung, Heft 8.2002

Zum Zeitpunkt des Erscheinens dieses Heftes der Informationen zur Raumentwicklung ist das im März 2002 zunächst vom Bundestag und anschließend vom Bundesrat verabschiedete Zuwanderungsgesetz noch nicht in Kraft getreten. Das Bundesverfassungsgericht gab am 18. Dezember 2002 einer Klage gegen das Zustandekommen des Zuwanderungsgesetzes statt und erklärte es für ungültig. Damit konnte das Gesetz nicht wie vorgesehen am 01. Januar 2003 in Kraft treten, wovon die in diesem Heft enthaltenen Beiträge noch ausgingen.

Die politische und öffentliche Diskussion um das Zuwanderungsgesetz, um einen Perspektivenwechsel in der Einwanderungs- und Integrationspolitik wird also anhalten. Hinsichtlich der Probleme des Lebens von Ausländern in Deutschland, ihrer Integration in die deutsche Gesellschaft, aber noch vielmehr hinsichtlich der zukünftigen Politik dieses Landes gegenüber den Problemen der weltweiten Migrationen ist zu wünschen, dass dabei der klare Blick auf das alltägliche Geschehen nicht zu kurz kommt. Denn eines sollte man nicht vergessen: Wanderungen, freiwillig oder gezwungen, hat es in der menschlichen Geschichte immer gegeben, und die mit Wanderungen verbundenen Folgen für Zuwandernde und Aufnehmende sind Einschnitte in das Leben jedes Menschen. Elementar sind sie vor allem für die warum auch immer Zuwandernden, weniger für die, die irgendwo schon länger ansässig sind.

Die Folgen der weltweiten Wanderungen können für die, die wandern, und für die, die aufnehmen, nicht mit verallgemeinernden Vorurteilen oder Patentrezepten bewältigt werden. Sie bedürfen vielmehr angepasster Strategien und Maßnahmen, die allgemein menschlichen Ansprüchen, aber auch den Gegebenheiten der aufnehmenden Länder und ihrer Bevölkerungen gerecht werden. Integration als allgemeines Postulat hilft nicht weiter, wenn es hierin ungeübten Menschen überlassen bleibt, sie zu leisten. Aber ohne gesellschaftliche und politische Aktionsprogramme ist oft jede praktizierte Nächstenliebe nur ein individueller, wenngleich durch nichts zu ersetzender wichtiger Akt.

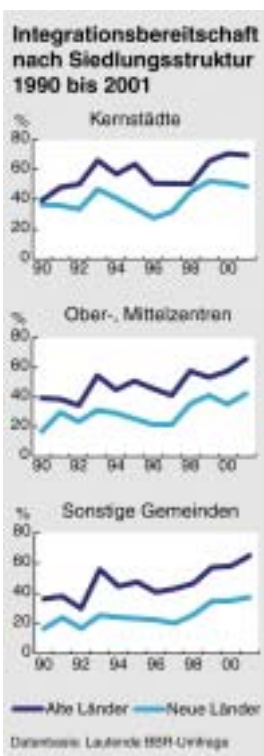
Die in diesem Heft enthaltenen Beiträge können und wollen sich nicht mit allen Aspekten von Wanderungen und Integration befassen. Sie wollen vielmehr Anregung geben, sich die-

sen Problemen nüchtern und analytisch, nicht vorurteilsvoll und ideologisch zu nähern. Nur wenn dies unvoreingenommen und empirisch orientiert geschieht, ist die wissenschaftliche Politikberatung möglich, die Politik und Gesellschaft dieses Landes benötigen. Das BBR jedenfalls wird weiter empirische Bestandsaufnahmen und Analysen einbringen, um ein Element nüchterner, wissenschaftlicher Befunde in die Diskussion einzubringen.

So ist es eine Tatsache, dass Ausländer im Vergleich zu Deutschen heute strukturell benachteiligt sind. Dies gilt sowohl für die Teilhabe an politischen Partizipations- und Entscheidungsprozessen als auch für den Zugang zum Bildungs- und Ausbildungssystem sowie dem Zugang zum Arbeitsmarkt. Alle Indikatoren aus der Raumbearbeitung des BBR zeigen hier erhebliche Unterschiede zwischen Deutschen und Ausländern an. In allen Teilräumen des Bundesgebietes, also bundesweit, sind Ausländer benachteiligt. Von räumlicher Integration im Sinne von Chancengleichheit für Deutsche und Ausländer kann noch keine Rede sein.

Räumliche Integrationsaufgaben liegen einerseits da, wo eine anhaltend hohe Zuwanderung aus dem Ausland auf eine deutsche Bevölkerung trifft, die noch wenig Erfahrung im Zusammenleben mit Ausländern hat, und wo insofern mehr Probleme im alltäglichen Umgang mit „Fremdheit“ zu erwarten sind als anderswo. Speziell hier muss die Aufnahmegesellschaft vorbereitet, informiert und einbezogen werden. Andererseits stellen sich Integrationsaufgaben verstärkt dort, wo es schon viele Ausländer gibt, d. h. in den Stadtregionen, vor allem deren Kernstädten. Hier sind entsprechende materielle (finanzielle) Voraussetzungen zu schaffen. „Integrationskosten“ dürfen nicht den Städten allein angelastet werden.

Mit der fortlaufenden Integration der bisherigen und der weiteren Zuwanderer steht die deutsche Gesellschaft zweifellos künftig vor einschneidenden Veränderungen. Dabei wird es Anpassungsprobleme geben. Diesen Problemen kann man angesichts der bislang in der Bundesrepublik gemachten Erfahrungen und der zunehmenden alltäglichen Integrationsbereitschaft der Bürger (s. Abb.) jedoch durchaus mit einer gewissen Gelassenheit entgegensehen.



## Raumentwicklung in Stadtregionen

### Informationen zur Raumentwicklung, Heft 9.2002

Von Stadtregionen, von Suburbanisierung und davon, wie die damit einhergehenden Probleme gelöst werden könnten, ist allenthalben die Rede. Nicht selten dreht sich die Diskussion im Kreis, nicht selten wird verkannt, dass es über die Zeit Neues zu entdecken und zu entwickeln gibt:

Mag die fortschreitende Suburbanisierung auf den ersten Blick wie ein immer breiter werdender, an sich aber gleichförmiger Strom wirken, so hat sie doch auf den zweiten Blick zu weitreichenden qualitativen Veränderungen der Strukturen und Nutzungsmuster geführt. Zentralitäten haben sich verändert, siedlungsstrukturelle Zusammenhänge lassen nicht nur Grenzen zwischen Städten und Gemeinden verschwimmen, sondern genauso Dichotomien zwischen Stadt und Landschaft, zwischen Zentrum und Peripherie. Netzförmige Aktionsmuster werden dadurch gefördert, die Grenzen der Stadtregionen sind kaum mehr eindeutig zu bestimmen.

Obgleich eine an den ursächlichen Triebfedern ansetzende Gesamtbewertung der Phänomene noch aussteht, können Planungsansätze konzipiert werden, die existierende Strukturen sichtbar machen und flexibel qualifizieren. Benjamin Davy liefert dazu einen Beitrag, indem er am Beispiel der Städteregion Ruhr veranschaulicht, wie überlappende sektorale, jeweils zentrenbezogene Raumabgrenzungen „wilde“ Grenzen und Räume an den Rändern erzeugen (s. Abb.), deren Zuordnungen fraglich sind. Solche sog. Möglichkeitsräume werden oft ungeplant genutzt und entwickelt, losgelöst von räumlicher Ordnung und Struktur. Sie können in ihrer Offenheit weiter entwickelt werden. Aber wie können derartige räumliche Vorstellungen und die ihnen inne wohnenden Bedeutungen vermittelt werden? Ein weiterer Aufsatz im Themenheft ist bildhaften Gestaltungsansätzen geschuldet. Für mittelgroße Regionen, die oft besonders schwer zu charakterisieren sind, wird skizziert, wie durch bildhafte Gestaltungsansätze ein städtebauliches Profil entwickelt und dargestellt werden kann (Ivo Krings).

Im gegenwärtigen Zeitalter der Globalisierung werden Stadtregionen noch unter einem ganz anderen als dem siedlungsstrukturellen Licht betrachtet: Als „Innovationszentren“ und „Motoren“ der ökonomischen Entwicklung sollen sie die nationalen Positionen im internationalen Wettbewerb entscheidend

stärken. Durch das Abheben vom kommunalen zum regionalen und durch die Einbindung in ein nationales bis europäisches Städte- und Regionennetz sollen Synergieeffekte entfaltet werden. Am Beispiel des raumordnerischen Konzepts „Europäische Metropolregionen in Deutschland“ stellen sich in mehrerer Hinsicht spezifizierende Anforderungen an eine analytische Unterfütterung wettbewerbsorientierter Konzeptionen für große und bedeutende Stadtregionen (Brigitte Adam und Jürgen Gödecke-Stellmann). Georg Tobler stellt die Agglomerationsraumpolitik der Schweiz vor, die sich in Teilen in das Spannungsfeld zwischen wirtschaftlichem Wachstum und einer Begrenzung der Siedlungstätigkeit im Umland begibt; ein zentraler Konfliktbereich, der in einem weiteren Beitrag für zwei US-amerikanische Fallregionen näher beleuchtet wird. In einer sozialwissenschaftlichen Untersuchung überprüft Juliet Gainsborough, ob sich in Stadtregionen mit starkem Siedlungsdruck Koalitionen für eine Strategie des „Slow Growth“ finden könnten bzw. ob diese Strategie in der Bevölkerung Rückhalt erfährt.

Bereits dieser kleine Ausschnitt möglicher Beiträge zur Raumentwicklung in Stadtregionen deutet das immense Spektrum unterschiedlicher Zugänge aus unterschiedlichen Disziplinen an, die dazu beitragen können, jene räumliche Kategorie analytisch oder planerisch weiterzuentwickeln.

### Die Neunte Stadt der Städteregion Ruhr 2030



Die Entdeckung eines Möglichkeitsraums losgelöst von Zentren und eindeutigen Zuordnungen: Industriebrachen, Agrarbrachen sowie regional bedeutsame Verkehrswege und Wasserflächen auf dem Gebiet der Städte Duisburg, Mülheim an der Ruhr, Oberhausen, Essen, Gelsenkirchen, Herne, Bochum und Dortmund



Die Veröffentlichung kann beim Selbstverlag des BBR Postfach 21 01 50 53156 Bonn Tel.: 018 88 – 401 22 09 Fax: 018 88 – 401 22 92 E-Mail: selbstverlag@bbr.bund.de zum Preis von 5,00 Euro (zzgl. Versand) bezogen werden.

### Ansprechpartner:

Dr. Brigitte Adam  
Referat I 1 „Raumentwicklung“  
Tel.: 018 88 – 401 23 25  
Fax: 018 88 – 401 23 56  
E-Mail: Brigitte.Adam@bbr.bund.de

**Herausgeber, Herstellung und Selbstverlag**

Bundesamt für  
Bauwesen und Raumordnung  
Deichmanns Aue 31 - 37, 53179 Bonn  
Telefon: 0 18 88 - 4 01 - 0  
Telefax: 0 18 88 - 4 01 - 22 66  
web: <http://www.bbr.bund.de>

Selbstverlag des BBR, Postfach 21 01 50, 53156 Bonn

**G 7718 F****Verantwortlich**

Wendelin Strubelt, Hans-Peter Gatzweiler, Robert Kaltenbrunner

**Redaktionelle Bearbeitung**

Gabriele Bockshecker

**Druck**

Dienstleistungszentrum Druck im BBR

Die Informationen aus der Forschung des BBR erscheinen in unregelmäßiger Folge sechsmal im Jahr. Interessenten erhalten sie kostenlos. Frei zum Nachdruck. Belegexemplare erbeten.

**Zitierweise:**

Informationen aus der Forschung des BBR 1/ 2003 – Februar

ISSN 1434 – 9590



## Potenziale der Wohneigentumsbildung für die soziale Stabilität von Stadtvierteln

**Forschungen, Bd. 110, 15,00 Euro**

Der Erhalt sozialer Stabilität bzw. die Verhinderung sozialer Erosionserscheinungen in Stadtvierteln sind wichtige gesellschafts- und innenpolitische Ziele. Einen Beitrag zur Erreichung dieses Zieles kann die Selbstnutzung von Wohneigentum leisten.

Die Arbeitsgemeinschaft für Sozialplanung und angewandte Stadtforschung AG SPAS, Berlin, hat die notwendigen sozialstrukturellen und örtlichen Rahmenbedingungen und Maßnahmen für eine erfolgreiche Wohneigentumsbildung und damit einhergehender Stabilisierung in instabilen Gebieten im Auftrag des BBR untersucht. Differenziert nach Neubau- und Umwandlungsmaßnahmen werden insgesamt 21 Fallbeispiele in Westdeutschland analysiert.

Im Rahmen der Studie stehen folgende drei Themenschwerpunkte im Vordergrund:

- Identifizierung der Käufergruppen und deren Nachfragerpotenzialen
- Identifizierung von Rahmenbedingungen für Wohneigentumsbildung in sozial instabilen Gebieten
- Auswirkungen der Eigentumsbildung auf benachteiligte Wohngebiete

Im Ergebnis werden Empfehlungen für die Wohneigentumsbildung in benachteiligten Stadtteilen aufgezeigt, die zu einer erfolgreichen Stabilisierung der Quartiere führen können.

Die Veröffentlichungen können beim Selbstverlag des BBR Postfach 21 01 50 53156 Bonn  
Tel.: 018 88 – 401 22 09  
Fax: 018 88 – 401 22 92  
E-Mail: [selbstverlag@bbr.bund.de](mailto:selbstverlag@bbr.bund.de)  
zu den o. a. Preisen (zzgl. Versand) bezogen werden.



## Erneuerung älterer Wohnungsbestände in Stufen

**Forschungen, Bd. 111, 7,50 Euro**

Die abnehmende Nachfrage nach Wohnungen in großen Teilen Deutschlands veranlasst viele Unternehmen, ihre Wohnungsbestände mit dem Ziel einer langfristigen Vermietung zu sanieren. Dabei erfordern die Unterschiede älterer Wohnungsbestände je nach Baualter, Bausubstanz, Erneuerungsbedarf, Bewohnerstruktur, Perspektiven der langfristigen Nutzung sowie der Verfügbarkeit finanzieller Mittel differenzierte bauliche Erneuerungsstrategien. Je nach Fall ist eine Wohngebäudesanierung in Stufen oder in einem Zuge wirtschaftlich sinnvoll.

Um zu klären, unter welchen Bedingungen Wohnungsunternehmen ältere Wohnungsbestände erneuern, wurden ihre Erfahrungen hinterfragt. Aus der Analyse der Ergebnisse wurden Hinweise und Empfehlungen hinsichtlich eines optimalen Zuschnitts einzelner Realisierungsabschnitte abgeleitet. Dabei wurde das Ziel verfolgt, finanzielle und organisatorische Vorteile aus der Kopplung bestimmter Bauleistungen zu erreichen. Insbesondere wurden die Schnittstellen zwischen einzelnen Realisierungsabschnitten beachtet. Ebenso wurden Gründe analysiert, die einer stufenweisen Wohnungserneuerung entgegenstehen. Ziel der im Rahmen der Bau-forschung des BBR finanziell geförderten Arbeit des Instituts Wohnen und Umwelt, Darmstadt, war die Optimierung der Strategien zur Erneuerung des Wohnungsbestandes nach wirtschaftlichen und organisatorischen Gesichtspunkten.